

343
2.12.1970

Rede des Leiters der Delegation der DDR, Walter Ulbricht,
auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der
Staaten des Warschauer Vertrages

I.

Verehrte Genossen!

Wir begrüßen das Abkommen der Sowjetunion mit der BRD sowie das paraphierte Abkommen der Volksrepublik Polen mit der BRD sowie die Darlegungen des Genossen Gomulka zur Politik, welche die Volksrepublik Polen durchgeführt hat, um zu diesem Vertrag zu kommen.

Wie wir auf der Tagung im August dieses Jahres einschätzten, hat sich dank der politischen Initiative und der gemeinsamen Anstrengungen der Staaten des Warschauer Vertrages die Lage in Europa weiterhin zu unseren Gunsten entwickelt. Insbesondere durch den Abschluß des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD und die jetzt erfolgte Paraphierung des Vertrages zwischen der Volksrepublik Polen und der BRD haben sich in der europäischen Situation neue Momente ergeben. Sie werden die Bedingungen für die Fortführung des Kampfes um die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa verbessern.

Im Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD haben sich die Vertragspartner verpflichtet, die territoriale Integrität aller Staaten Europas in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten, weder heute noch in Zukunft Gebietsansprüche gegen irgendjemand zu erheben und die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich zu betrachten. Ich führe diese bekannten Festlegungen hier an, weil in ihnen die Grenze zwischen der BRD und der DDR, die ja bekanntlich die Westgrenze des sozialistischen I. ...

Von großer Bedeutung sind auch die mit dem Vertrag UdSSR-BRD im Zusammenhang stehenden vereinbarten Absichtserklärungen. Das gilt insbesondere für die darin erklärte Absicht der Bonner Regierung, ihre Beziehungen zur DDR auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung und der Nichtdiskriminierung zu gestalten und den Beitritt der BRD und der DDR zur Organisation der Vereinten Nationen und deren Spezialorganisationen zu fördern. Die Mitgliedschaft der DDR und der BRD in der UNO und deren Nebenorganisationen wird für den Prozeß der Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD von Nutzen sein. In ihren Absichtserklärungen hat sich die BRD auch darauf festgelegt, daß keiner der beiden Staaten den anderen im Ausland vertreten oder in seinem Namen handeln kann. Allerdings verstößt die Bonner Regierung in der internationalen Arena auch heute noch mit feindlichen Aktivitäten gegen die DDR gegen Wortlaut und Geist ihrer entsprechenden Absichtserklärung.

Der Vertrag der Sowjetunion mit der BRD ist von größter Bedeutung für die Herbeiführung der europäischen Sicherheit. Die Bestimmungen über die uneingeschränkte Achtung der territorialen Integrität aller europäischen Staaten können große Auswirkungen auf die Lage in Europa haben.

Die Bedeutung des Grenzvertrages zwischen der Regierung der Volksrepublik Polen und der Regierung der BRD schätzen wir ebenfalls sehr hoch ein. In dem Vertrag wird die Volksrepublik Polen in ihren gegenwärtigen Grenzen von der Regierung der BRD anerkannt. Das ist ein großer Erfolg der zielbewußten Politik der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und der polnischen Regierung. Der Vertrag zwischen der Volksrepublik Polen und der BRD ist zugleich

ein wichtiges Kettenglied der gemeinsamen Politik unserer sozialistischen Staatengemeinschaft. Wir beglückwünschen die polnischen Genossen zu ihrem Erfolg, der zugleich unser gemeinsamer Erfolg ist.

Paragraph 1 des genannten Vertrages zwischen der Volksrepublik Polen und der BRD über die Grenzziehung entspricht wortwörtlich dem Text des Vertrages über die Markierung der im Potsdamer Abkommen festgelegten Oder-Neiße-Grenze, der bereits am 6. Juli 1950 zwischen der DDR und Volkspolen abgeschlossen und von den Genossen Józef Cyrankiewicz und Otto Grotewohl in Zgorzelec feierlich unterzeichnet worden war. Dieser Staatsakt von Zgorzelec besiegelte endgültig den Freundschaftsbund zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen. Ihm war am 6. Juni 1950 die Vereinbarung einer gemeinsamen Deklaration der DDR und der Volksrepublik Polen vorausgegangen, in welcher ausdrücklich hervorgehoben worden war, daß die Anerkennung der Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze den Frieden festigen und der Freundschaft zwischen unseren Völkern eine sichere Grundlage geben werde.

Daß - 20 Jahre danach - nunmehr auch die BRD die Westgrenze Polens anerkannt hat, unterstreicht die Bedeutung des Erfolges, den die polnischen Genossen erzielt haben.

Unter Erwägung aller Umstände - und in der Erwartung, daß im Zusammenhang mit der Ratifizierung des Vertrages zwischen der Sowjetunion und der BRD sowie zwischen der Volksrepublik Polen und der BRD die vereinbarten Absichtserklärungen real durchge-

- 4 -

bei Unterzeichnung des Vertrages die Bereitschaft zu erklären, nach erfolgter Ratifizierung die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der BRD einzuleiten.

Auch der Vertrag Volkspolen - BRD wird für die Herbeiführung der europäischen Sicherheit von großem Nutzen sein.

Wir müssen feststellen, daß in letzter Zeit die USA gefährliche Provokationen in verschiedenen Teilen der Welt durchgeführt haben. Verstärkte Wachsamkeit ist notwendig. Wir begrüßen deshalb die Absicht, auf unserer Tagung eine Erklärung zur Zuspitzung der Lage in Indochina, eine Erklärung "Für Herstellung eines dauerhaften Friedens und der Sicherheit im Nahen Osten" und einen Aufruf gegen die imperialistischen Provokationen gegenüber den unabhängigen Staaten Afrikas zu beraten.

Dank unseres koordinierten Vorgehens und der Aktivität der demokratischen Kräfte in West-europa sind die Friedenskräfte auf dem Wege zur Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz vorangekommen. Die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit einer solchen Sicherheitskonferenz wird heute kaum noch bestritten. Daß alle europäischen Staaten die Möglichkeit erhalten müssen, gleichberechtigt an der Konferenz teilzunehmen, ist ebenfalls allgemein anerkannt. Der Abschluß und die Ratifizierung der Verträge zwischen der UdSSR und der BRD und der Volksrepublik Polen und der BRD fördern die Vorbereitungen der europäischen Sicherheitskonferenz.

Entsprechend einer Initiative der sowjetischen Genossen hat die finnische Regierung in ihrem jüngsten Memorandum den Vorschlag unterbreitet, in Helsinki auf der Ebene von Botschaftern multilaterale Beratungen zur weiteren Vorbereitung der Konferenz durchzuführen. Diesem Vorschlag stimmen wir zu.

Wir können natürlich nicht daran vorbeigehen, daß die von den aggressivsten Kreisen des Imperialismus bewirkte Verschärfung der internationalen Lage sich auch in neuen Versuchen widerspiegelt, das Stattfinden einer Sicherheitskonferenz zu vereiteln oder zu verzögern. Die ...

21/8

deutlicher zutage getreten. Unter dem Einfluß der USA und der BRD trachten die NATO-Staaten danach, neue Vorbedingungen für eine Sicherheitskonferenz zu stellen.

So stellen sie zum Beispiel die Vorbedingung einer die Westmächte voll befriedigenden Westberlin-Regelung und der vertraglichen Vereinbarung sogenannter "innerdeutscher Beziehungen" zwischen der DDR und der BRD, die eine Unterordnung der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik unter die vom Monopolkapital beherrschte BRD zum Inhalt haben soll.

Die Regierung in Bonn wäre gut beraten, wenn sie auf das sinnlose Bemühen verzichten würde, den sozialistischen Ländern den Verzicht auf unerschütterliche Grundsätze aufzuzwingen. Der prinzipielle Kurs der Regierung der DDR ist gerichtet auf die Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik und auf die feste Einbeziehung in die sozialistische Staatengemeinschaft. Die konsequente Abgrenzung der sozialistischen DDR von der imperialistischen BRD war und bleibt nach unserer Auffassung die wirksamste Antwort auf die reaktionäre nationalistische und antikommunistische Tendenz politischer Kreise der BRD. Bonn muß sich darüber im klaren sein, daß die DDR für immer ein untrennbarer Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft ist und bleiben wird.

Es erscheint uns wünschenswert, daß wir unser gemeinsames taktisches Vorgehen weiterhin kontinuierlich abstimmen. Es wäre ratsam, daß die Regierungen der Staaten des Warschauer Vertrages die Initiative für neue Schritte zur praktischen Vorbereitung der europäischen Sicherheitskonferenz ergreifen. Insbesondere erscheint uns erforderlich, die geplanten Treffen der Botschafter in Helsinki zur beschleunigten Vorbereitung der europäischen Sicherheitskonferenz auszunutzen und unser gemeinsames Vorgehen zwischen unseren Außenministern abzustimmen.

II.

Zu einigen Besonderheiten der Situation der DDR

Verehrte Genossen!

Ich gehe also davon aus, daß zwischen uns volles Einverständnis darüber besteht, daß die Ratifizierung des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD sowie die Unterzeichnung und Ratifizierung des Vertrages zwischen Volkspolen und der BRD gegenwärtig die Hauptaufgabe und in jeder Beziehung zu fördern und zu beschleunigen ist. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Regierung der DDR haben in dieser Beziehung bereits einiges getan und werden auch weiter nach Kräften die Ratifizierung fördern.

Die Regierung der BRD hat zwischen der Ratifizierung des Vertrages UdSSR - BRD und Regelungen in der Westberlin-Frage ein Junktim hergestellt. Das wird von verschiedenen Kräften zu dem Versuch benutzt, durch unrechtmäßige Ansprüche in der Westberlin-Frage die Sache der Ratifizierung von einer teilweisen Demontage der Souveränität der DDR abhängig zu machen. Es handelt sich um einen abenteuerlichen Versuch, der darauf hinzielt, die DDR als einen Staat hinzustellen, der in lebenswichtigen Funktionen einer Kontrolle der drei Westmächte unterworfen werden soll, und der zugleich anstrebt, die unrechtmäßige Tätigkeit westdeutscher Staatsorgane in Westberlin sanktionieren zu lassen. Westberlin hat nie zur BRD gehört und wird auch nie dazu gehören. Die rechtswidrige staatliche Tätigkeit von Bonner Regierungsstellen muß in Westberlin eingestellt werden.

350

- 5 -

Natürlich sind nicht nur die sozialistischen Staaten an der Ratifizierung interessiert. Die Regierung der BRD und ihre Anhänger, die sie unterstützenden Kräfte der Großbourgeoisie und darüber hinaus bestimmte Kreise der CDU haben ein erhebliches eigenes Interesse an der Ratifizierung. Das hindert die CDU/CSU nicht daran, und wird sie auch in Zukunft nicht hindern, die Regierung Brandt/Scheel eben wegen der Verträge mit nationalistischen Parolen anzugreifen.

Unsere Einschätzung der sich nach der Ratifizierung ergebenden neuen Situation ergibt folgendes Bild:

- Die bereits gewürdigten und ausserordentlich positiven Auswirkungen des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD sowie des Vertrages zwischen Volkspolen und der BRD auf die Sache des Friedens und der Sicherheit in Europa wie auch für die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz kommen natürlich auch der Deutschen Demokratischen Republik zugute und fördern deren Interessen.
- Die Anerkennung der Unverletzlichkeit auch der Grenzen der DDR durch die westdeutsche Bundesrepublik trägt dazu bei, die Sicherheit der DDR zu erhöhen und ihre internationale Position zu festigen.
- Die in der Absichtserklärung enthaltene Festlegung, daß die BRD die Aufnahme der DDR als Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen fördern wolle, begünstigt den Kampf um die Durchsetzung der allseitigen Anerkennung der DDR und um ihre Gleichberechtigung im internationalen Leben. Das gilt, obwohl